

DIE GRÜNEN

Grünes Kettenkarussell auf Hochtouren

Die Koalitionsgespräche für Rot-Grün haben begonnen und der von 6,7 auf 8,6 Prozent erstarkte kleine Partner übt sich in professionellem Politmanagement. Intern wird um Posten gerangelt.



Claudia Roth am Drehspiess.

(Fotos: Version)

Die neue Linie hatte Spitzenkandidat und Bundesaußenminister Joschka Fischer bereits in der Wahlnacht ausgegeben: "Im Sieg muss man bescheiden sein." So laufen denn auch die Verhandlungen bislang ohne laute Töne. "Sehr zügig" sollen sie abgeschlossen werden, verkünden SPD und Grüne unisono. Die Wahl des neuen Kanzlers soll wahrscheinlich bereits am 22. Oktober stattfinden.

Was für ein Unterschied zur rot-grünen Uraufführung 1998. Über viele Wochen wurde damals um kleinste Details gestritten, keinen Millimeter trauten sich die beiden Verhandlungspartner über den Weg und einigten sich letztendlich auf Formelkompromisse - oder auf das, was die SPD wollte. Nachdem Gerhard Schröder es bei dieser Wahl nun den Zugewinnen der Grünen verdankt, dass er

Bundeskanzler bleiben kann, ist partnerschaftlicher Umgang angesagt. "Heute ist man zusammen gewählt und nicht zusammengespült worden", sagt ein grüner Abgeordneter im Rückblick auf 1998. Damals war viel vom "Projekt" die Rede - hoffnungsfroh bei den Grünen, abwehrend bei der SPD. "Es menschtelt", beschreibt heute der neue SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Müntefering das rot-grüne Vorhaben.

Doch wofür steht das "Projekt" noch? Fischer spricht von einer "rot-grünen Erneuerungskoalition". Die demonstrative Harmonie könnte jedoch auch daher rühren, dass den Grünen inzwischen die Vorstellung eines gesellschaftlichen Alternativentwurfs ebenso wie die großen Themen fehlen. Vor vier Jahren waren das das Staatsbürgerschafts- und Zuwanderungsgesetz, der Atomausstieg, die Ökosteuern und nicht zuletzt das Lebenspartnerschaftsgesetz für schwule und lesbische Paare. Das Paket ist - mehr oder weniger zufriedenstellend für die Grünen - inzwischen abgearbeitet.

Viel Regieren mit wenig Geld

In den Gesprächen um das aktuelle Regierungsprogramm geht es weniger um Differenzen, Thema Nummer eins ist die Regierungsverwaltung in Zeiten leerer Kassen. Bereits in der ersten Verhandlungsrunde hatte Finanzminister Hans Eichel (SPD) den Orientierungsrahmen vorgegeben: Zunächst müsse ein Zehn-Milliarden Loch gestopft werden. Da bleibt nicht viel für progressive Projekte. Umso heftiger dreht sich indes das grüne Personalkarussell. Zwar steht fest, dass Außenminister Fischer, Landwirtschaftsministerin Renate Künast und Umweltminister Jürgen Trittin in ihren Ämtern bleiben sollen. Um alle ande-

ren zu vergebenden Posten wird jedoch gekungelt und gerangelt.

So haben für die neue Fraktionsdoppelspitze, die am 15. Oktober gewählt werden soll, bislang vier Abgeordnete ihren Anspruch angemeldet. Als Favoritinnen gelten dabei die Hamburgerin Krista Sager und die Thüringerin Katrin Göring-Eckardt. Die 49-jährige Sager, die neu in den Bundestag eingezogen ist, hat schon allerlei Ämter ausgefüllt, die mit dem Aufstieg der Grünen über die Jahre verfügbar wurden. Mitte der 90er Jahre war sie als "Reala" an der Seite des Linken Trittin Parteiprecherin, wechselte dann als Wissenschaftssenatorin und Zweite Bürgermeisterin in die rot-grüne Landesregierung nach Hamburg. Dort war das frühere Mitglied des "Bundes Westdeutscher Kommunisten" nach dem Regierungsverlust 2001 zuletzt Fraktionschefin in der Bürgerschaft. Die 36-jährige Göring-Eckardt war bislang parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion. Die Theologin ist in der kirchlichen Oppositionsbewegung der DDR groß geworden und war 1993 Mitglied der Verhandlungskommission zur Vereinigung von "Bündnis 90" und "Die Grünen". Die frühere Landessprecherin der Thüringer Grünen sitzt seit 1998 im Bundestag.

Gegen die beiden wollen der 43-jährige Nordrhein-Westfale Reinhard Loske, bisher umweltpolitischer Sprecher der Fraktion, und der frühere DDR-Bürgerrechtler Werner Schulz antreten. Doch Schulz und Loske werden höchstens Außenseiterchancen eingeräumt. Die grüne Führungsschicht um Fischer machte keinen Hehl daraus, dass sie das Frauen-Duo eindeutig bevorzugt.

Gerne wäre auch Parteichef Fritz Kuhn unter den Kandidaten gewesen. Er musste jedoch aus Gründen der Par-

teirason auf den persönlichen Traumjob verzichten. Die Partei will Mitte Oktober in Bremen auf einer Bundesdelegiertenkonferenz das uralte grüne Prinzip kippen, wonach die Ausübung eines Parteiämtes mit einem Parlamentssitz unvereinbar ist. Diese Satzungsvereinbarung, für die eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig ist, hätte aber nur dann eine Chance, hieß es aus Kreisen der Parteiführung, wenn die allgemein anerkannten Parteivorsitzenden Fritz Kuhn und Claudia Roth sich erneut als Doppelspitze für den Parteivorsitz bewerben.

Reine Realo-Fraktionspitze

Schon vor der Wahl steht allerdings fest, dass mit einem weiteren urgrünen Brauch nun Schluss ist: Die neue Führung wird erstmalig nicht mehr nach dem innerparteilichen Strömungsproporz besetzt sein. Keiner der vier Kandidaten wird den sogenannten "pragmatischen Linken" zugerechnet, die bisher Kerstin Müller in der Fraktionspitze repräsentierte.

Kerstin Müller und Rezzo Schlauch hatten schon in der Woche nach der Wahl in einem gemeinsam verfassten Schreiben erklärt, nicht mehr kandidieren zu wollen. Sie wollten sich nun "neuen Aufgaben und neuen Themen" zuwenden. Eigentlich hätte Schlauch sein Amt gerne behalten. Doch Fischer hatte ihn zum "freiwilligen" Rückzug gedrängt. Nach der Affäre um Flug-Bonusmeilen sei er in der Fraktion nicht mehr mehrheitsfähig, eröffnete ihm der informelle Parteichef. Schlauch war auch parteiintern in Verruf geraten, weil er mit dienstlich erworbenen Bonusmeilen einen exklusiven Privatflug nach Bangkok unternahm. Außerdem gilt er als "zu weich" gegenüber der SPD. Der 54-Jährige habe zu oft und zu schnell Zugeständnisse gemacht, die man dann mühselig habe "zurückholen" müssen. Nun soll Schlauch mit einem Posten in der Regierung "versorgt" werden. Im Gespräch ist ein Job im Kanzleramt.

Kerstin Müllers Ambitionen auf einen Wechsel in die Regierung waren hingegen schon vorher bekannt. Sie wird als neue Staatsministerin im Auswärtigen Amt gehandelt. Hier würde sie dem langjährigen Grünen-Vorstandssprecher Ludger Volmer nachfolgen. Nach wochenlangen Spekulationen über seine Ablösung hat Volmer inzwischen bereits mitgeteilt, keine weitere Amtszeit mehr zur Verfügung zu stehen. Als Motiv gab der 50-Jäh-

rige "politische und private Gründe" an. Details wolle er "im Dunkeln lassen". Volmers Berufung 1998 galt Beobachtern nicht als Herzentscheidung von Außenminister Joschka Fischer, sondern als ein Zugeständnis an den linken Parteiflügel. Doch auch deren Unterstützung hat der als eitel und zu angepasst geltende Volmer inzwischen verloren. Nur mit Mühe schaffte er noch den Sprung auf einen sicheren Platz auf der nordrhein-westfälischen Landesliste. Zudem war auch er in der so genannten Bonusmeilen-Affäre unter Druck geraten.

Die 39-jährige Müller steht hingegen hoch im Kurs. Im Personalroulette könnte ihre Kugel auch noch auf ein anderes Amt fallen: das der Justizministerin. Klar ist den Unterhändlern, dass sich der gestiegene Einfluss der Partei auch in der neuen Regierung praktisch niederschlagen muss. Eine Variante ist, den drei bisherigen Ministern mehr Kompetenzen zu übertragen. So könnte Umweltminister Trittin auch für die Energiepolitik zuständig sein, die bisher vom parteilosen Wirtschaftsminister Werner Müller verantwortet wird. Das

Verbraucherministerium könnte sich nicht nur um die Sicherheit der Lebensmittel kümmern, sondern auch um Gentechnik und wirtschaftlichen Verbraucherschutz. Die andere Variante wäre ein zusätzliches Ressort: Das Justizministerium wäre dafür prädestiniert, haben die Grünen doch den Anspruch, sich weiter als Bürgerrechts- und Rechtsstaatspartei zu profilieren. Nach dem Abtritt der bisherigen sozialdemokratischen Amtsinhaberin müsste Schröder zudem dafür keinen seiner Getreuen aus dem Kabinett kegeln, so die grünen Überlegungen. Für den Fall, das Justizressort ginge tatsächlich an die Öko-Partei, wird neben Müller allerdings noch ein anderer Name heiß gehandelt: Anne Lütke, zur Zeit Landesjustizministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin in Schleswig-Holstein. Die beiden Anwärterinnen kennen sich gut, denn Müller machte ihre juristische Ausbildung in der Kölner Rechtsanwaltskanzlei von Lütke.

Doch noch ist das letzte Wort in Sachen Personalfragen nicht gesprochen. Joschka Fischer hat bereits vor voreiligen Personalspekulationen gewarnt: "Es gibt eine alte Weisheit, die da heißt: Frühe Vögel, die aus dem Nest fallen, die holt die Katze. Und das gilt im übertragenen Sinne selbstverständlich auch hier."

Pascal Beucker

Pascal Beucker ist Korrespondent der Berliner Tageszeitung und verantwortlich für die Kölner Ausgabe. Fabian Sänger ist freier Autor und lebt in Berlin.



Joschka redet vor seinem Wahlplakat.

Après-Wahl in Deutschland

Gut zweieinhalb Wochen nach der Bundestagswahl in Deutschland schauen wir uns bei den Kleinen um. Die Grünen triumphierten, müssen sich aber intern erst einmal sortieren. Krisenstimmung herrscht bei PDS und FDP. Beiden stehen folgenschwere Parteitage bevor.

PDS

Zimmer mit Ostblick

Auf dem Parteitag der PDS in Gera dürfte es am Wochenende zur Entscheidung zwischen rechten Kommunisten und linken Sozialdemokraten kommen.

Das kleine Städtchen Gera in Thüringen könnte zu einem Synonym für eine historische Zäsur in der PDS werden. Denn dort findet am kommenden Wochenende der Parteitag statt, auf dem der gesamte Vorstand der Partei turnusgemäß neu gewählt wird. Nach der Niederlage der PDS bei der Bundestagswahl kommt dem nun eine neue Bedeutung zu. Die Nerven liegen blank in der Partei des Demokratischen Sozialismus. Erst der Rücktritt Gregor Gysis in Berlin, dann die Wahlschlappe. Nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag brechen zudem die Strukturen im Westen weg, nichts deutet auf ein baldiges Comeback der PDS auf Bundesebene hin.

Die Ursachen für die Wahlniederlage sehen die Genossen jeweils völlig unterschiedlich. Für die einen war es der ohne Frage völlig verkorkste Wahlkampf, für die anderen lag es eher am fehlenden „Gebrauchswert“ bzw. „Profil“ der Partei. Wieder andere glauben, die Anbiederung an die SPD und die Regierungsbeteiligungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern seien die Gründe. Obwohl sicher alle drei Erklärungen ihre Berechtigung haben, verschanzen sich die ver-

schiedenen Strömungen in der Partei derzeit jeweils hinter einer und machen je nach Einschätzung andere Personen verantwortlich.

So werden Rucktrittsforderungen vor allem an den Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch und die Parteivorsitzende Gabi Zimmer gerichtet. Bartsch wird für den missglückten Wahlkampf verantwortlich gemacht, Zimmer für das unklare Profil der Partei. Bartsch hat inzwischen seine Verantwortung eingestanden und erklärt, es sei "ein unverzeihlicher Fehler gewesen, sich auf einen Konstellationswahlkampf 'Stoiber verhindern - PDS wählen' einzulassen".

Im Grunde hat es die PDS derzeit mit drei Strömungen

zu tun. Da wären einmal die Sozialdemokraten um Roland Claus, Helmut Holter, Andre Brie, und Gregor Gysi. Zum Zweiten gibt es die orthodoxen Marxisten und Nationalbolschewisten rund um die Kommunistische Plattform (KPF). Und drittens jene, die aus der PDS am liebsten eine ostdeutsche Volkspartei ohne linkes Profil machen würden.

Besinnung auf den Osten

Interessant ist, wer sich jetzt hinter den potenziellen Kandidatinnen versammelt. Da weder die antiautoritären Linken noch die Marxisten der KPF eine eigene Mehrheit haben und vermutlich auch keine eigenen Kandidaten, dient man sich entweder der in Berlin direkt gewählten Petra Pau oder Parteichefin Gabi Zimmer an. Die KPF steht hinter Zimmer, weil sich Zimmer gegen Flügelkämpfe

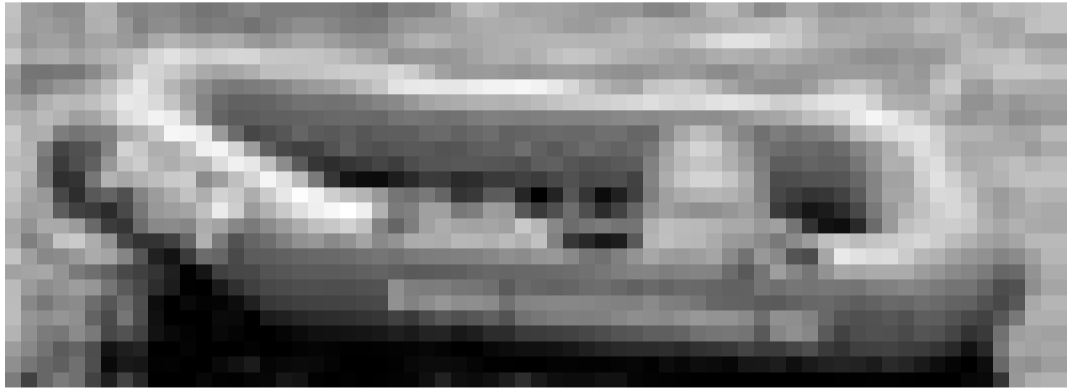
und Richtungsentscheidungen ausgesprochen hat und weiter den Frieden mit allen Strömungen sucht; die Ostfraktion mag vor allem Zimmers Basisnahe. Die sehr wenigen antiautoritären Linken hingegen versammeln sich zur Zeit gemeinsam mit den Sozialdemokraten hinter Petra Pau, weil Pau für den Reformprozess weg vom autoritären SED-Denken steht.

In Gera könnte es nun zum Showdown zwischen linken Sozialdemokraten und rechten Kommunisten kommen. Dazwischen dürften einige versprengte, sehr unterschiedliche Linke, etwa Wessis wie Ulla Jelpke und Winfried Wolf, die mal hier, mal da taktische Bündnisse schließen, vermutlich vollstandig zerrieben werden. Die Gewinner könnten jene sein, die sich auf den Osten besinnen möchten. Sie haben ihre Vertreter sowohl unter den Sozialdemokraten als auch unter

den Kommunisten und stellen den Großteil der Basis. Für die PDS als linke Partei dürfte deren Erfolg endgültig das Ende bedeuten.

Dass der Parteitag in Gera stattfindet, könnte sich als Vorteil für die aus Thüringen stammende Parteivorsitzende Zimmer erweisen. Aber auch unabhängig davon scheint sie den größeren Teil der Basis hinter sich bringen zu können. Für Pau oder eine andere Gegenkandidatin wird es schwer. Die Zeiten sind vorbei, in denen Gregor Gysi oder Lothar Bisky auf einem Parteitag aufs Podest steigen und die Delegierten durch eine einzige Rede und ein wenig psychischen Druck zu Entscheidungen bewegen konnten, die mit deren eigentlichen Auffassungen gar nichts zu tun hatten.

Ob sich Gysi überhaupt einem Pfeifkonzert auf dem Parteitag aussetzen wird, ist noch offen. Sollte er doch reden, wird man schon an den Reaktionen ablesen können, ob am Ende die auch von Gysi nicht geliebte Zimmer als strahlende Siegerin aus der Halle stapfen oder ob in Gera ein Richtungswechsel - wohin auch immer - stattfinden wird. Sollte es ein „Weiter so“ mit Gabi Zimmer geben, haben bereits einige gerade auch der jungen Nachwuchspolitiker ihren Rückzug aus der Politik angekündigt.



PDS: Rotes Schlauchboot in Seenot?

Fabian Sänger

FDP

FDP wieder auf Normalmaß?

Klamauk- und Radauwahlkampf, das Spielen mit antisemitischen Ressentiments - alles hätten die nordrhein-westfälischen Liberalen ihrem Landeschef verziehen. Nur eins nicht: dass Molleman nicht den Erfolg damit hatte, den er ihnen versprach.

Die Bühne war bereit für den großen Showdown zwischen FDP-Chef Guido Westerwelle und seinem Ex-Stellvertreter Jürgen W. Molleman. Würde Westerwelle Molleman auch als Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen Liberalen stürzen können? Die Entscheidung muss warten, der für den vergangenen Montag geplante Sonderparteitag in der niederrheinischen Kleinstadt Wesel wurde kurzfristig abgesagt. Denn seit Sonntag liegt Molleman mit Herzrhythmusstörungen im Krankenhaus. Der Machtkampf ist vertagt. Möglicherweise Glück

im Unglück für den passionierten Fallschirmspringer.

Denn so manch ein Parteimitglied vollbrachte in den letzten Tagen einen 180-Grad-Schwenk und wendete sich plötzlich gegen den FDP-Promi. Die Leistung, für die die meisten Parteimitglieder in NRW Molleman bisher in blindem Gehorsam folgten, war, dass er ihnen nach dem tiefen Tal der Tränen Mitte der 90-er Jahre wieder einen Haufen von Mandaten und Postchen bescherte. Dafür nahmen sie seine Kapriolen billigend in Kauf - sogar, dass sich der Dampfplauderer aus machtpolitischen Gründen

auf Landesebene mit der SPD einlassen wollte, während sie doch in der Regel vor Ort unverbrüchlich mit den Christdemokraten verhandelt sind.

Kein Show-Down am Rhein?

Nach dem in der Tat grandiosen Abschneiden bei der Landtagswahl 2000 ließen sie sich auch ohne Widerspruch auf Mollemans nächsten Coup ein: das "Projekt 18". Seine Acht-Prozent-Kampagne für den Landtag war der erfolgreiche Versuch gewesen, nicht die gefährliche Diskussion aufkommen zu lassen, die Liberalen könnten an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Joschka Fischer kopierte bei der Bundestagswahl diese Strategie für die Grünen - ebenso erfolgreich. Molleman wollte die Schraube weiterdrehen und die Partei machte mit: Erwachsene Menschen liefen herum mit "18"-Stickern, -Hemden, -Schuhen und Unterhosen. Schließlich, so hatte ihr Meister gelehrt, sind Performance und Schlagzeilen alles. Der nach dem Aderlass der "Wende" von 1982 reichlich muffige Haufen fühlte sich plötzlich "hip". Kohls alte Funktionspartei mutierte zur vermeintlich erfolgreichen "Spaspartei".

Molleman hatte frühzeitig erkannt: In die Höhen, in die er die FDP illusioniert hat,

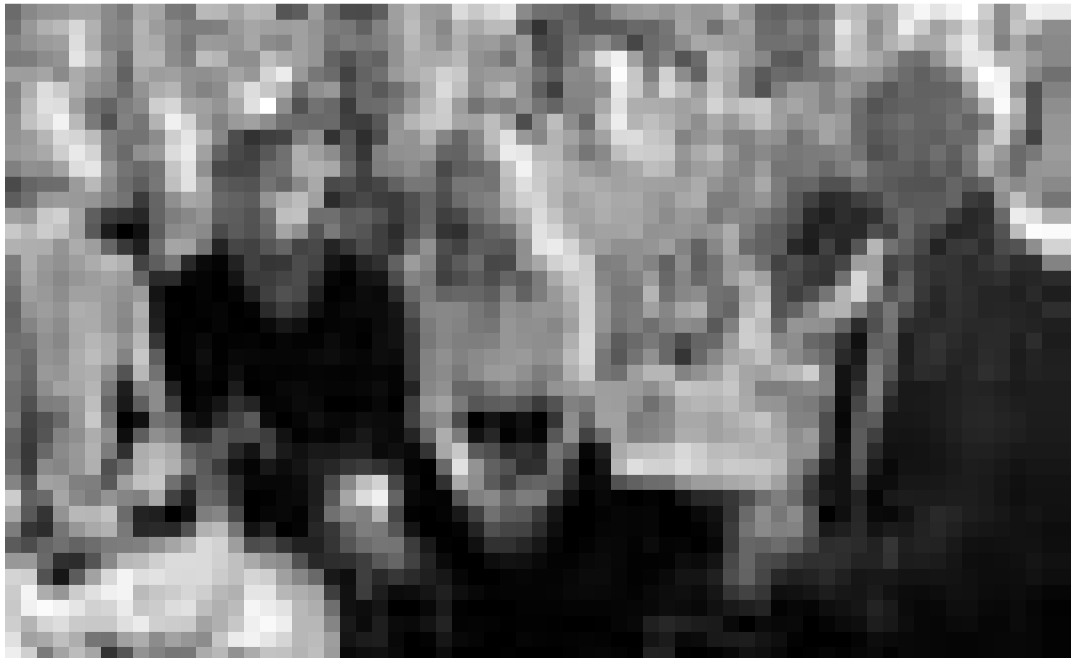
konnte die Partei nur durch kräftige rechtspopulistische Einschläge kommen. So wie es Haider in Osterreich vorgebracht hat. "Tabubruche" gehörten dabei zur Kalkulation. Mollemans Ausfälle gegen die israelische Regierung und gegen den Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman, waren ein bewusstes Spielen mit latent vorhandenen antisemitischen Stimmungen. Er wollte die FDP als vermeintliche "Protestpartei" auch für den rechten Bodensatz der Gesellschaft attraktiv machen.

Die Parteifunktionäre machten bei dem Spuk mit, denn er versprach Erfolg. Nicht einmal der Bundesvorsitzende begehrte auf, obwohl die FDP mit der "Antisemitismusdebatte" jegliche Reputation zu verspielen drohte. Erst der übermächtige gesellschaftliche Druck und die Intervention des Altvorreders Hans-Dietrich Genscher brachte ihn nach langer Zeit des Zögerns dazu, Molleman Anfang Juni in die Schranken zu weisen. Einen Bruch wagte Westerwelle indes nicht. Er erklärte die Debatte für beendet und führte einfach weiter Wahlkampf - zusammen mit seinem einstigen politischen Ziehvater Molleman. Doch der Traum von einem exorbitant besseren Wahlergebnis als 1998 war de facto ausgeträumt. Denn mit seinem "Machtwort" verprellte Westerwelle die Stimmen des "gesunden Volksempfindens", die für einen Prozentsatz eindeutig im zweistelligen Bereich notwendig gewesen wären.

Nun muss Molleman auf Bundesebene jedoch als Sündenbock herhalten - für eine Bundesspitze, die sich mit ihrem "Spawahlkampf" lachlich gemacht hat und nun nicht über eigene Fehler nachdenken will, und für eine Parteibasis, die sich hatte in den Rausch treiben lassen, sie wäre auf dem Weg zur "Volkspartei" und jetzt einen dicken Kopf hat. Deswegen dürfte es für Molleman auch schwer werden, die nun verschobene Kampfabstimmung gegen seinen von Westerwelle unterstützten Gegenkandidaten und bisherigen Stellvertreter Andreas Pinkwart zu überstehen. Ihm droht eine Niederlage, wie er sie schon einmal, 1994, gegen den ebenso blassen Joachim Schultztornau erleben musste. Das Ergebnis damals war, dass die FDP ein halbes Jahr später aus dem Landtag flog.

Vielleicht kommt es erst gar nicht zum Showdown. In Düsseldorf wird bereits spekuliert, Molleman könne nun doch freiwillig auf sein Amt verzichten - aus Gesundheitsgründen. So würde er immerhin einer Niederlage entgehen und sein Gesicht wahren können. Die Folgen bleiben jedoch die gleichen: Mit der Ablösung Mollemans dürfte endgültig der Versuch der Haiderisierung der FDP gestoppt sein. Zweitens stützt sich die NRW-FDP wieder auf Normalmaß. Bei der Wahl 2005 wird sie um den Wiedereinzug in den Landtag kämpfen müssen.

Pascal Becker



FDP: Partyspa der Spaspartei.